



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/183 - 13. August 1957

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831-33  
Fernschreiber 0886890

Einweise  
auf den Inhalt:

|   |      |
|---|------|
| Zur Bonner Repatriierungsnote                           | S. 1 |
| Wie öffentliche Meinung "gemischt" wird                 | S. 2 |
| Zehn Jahre freies Indien                                | S. 5 |
| Katholische Frauen an Adenauer                          | S. 6 |
| Abgeschobener Würmeling                                 | S. 7 |
| Zweimal Dresbach  | S. 8 |
| "Bisher hat auch der Krenl ihm in die Hände gearbeitet" | S. 9 |

## Menschlichkeit statt starrer Prinzipien!

sp. Die heute der Öffentlichkeit übergebene Note der Bundesregierung zur Frage der Repatriierung von Deutschen aus der Sowjet-Union enthält trotz ihres bemerkenswert sachlichen Inhalts wenig neue Gesichtspunkte, die nicht schon bei früheren Verhandlungen in Erscheinung getreten sind.

Auffallend ist allerdings, daß man jetzt die Existenz mehrerer Kategorien von Rückkehrwilligen anerkennt, was die Frage berechtigt erscheinen läßt, warum man diesen Tatbestand nicht schon früher registriert und zugegeben hat. Vielleicht wäre es dann überhaupt nicht erst zu einer Unterbrechung der Verhandlungen gekommen.

Für den Kenner der Vorgeschichte der Repatriierungsverhandlungen ist beachtlich, daß in der Note mit keinem Wort die gute Vorarbeit des Deutschen Roten Kreuzes mit dem russischen Roten Kreuz erwähnt wird. Hier war man - jenseits von Politik und Prestige - schon ein gutes Stück vorangekommen.

Im Interesse der Menschen, die nach langen und schweren Jahren der Trennung die Rückkehr in die Heimat ersehnen, ist zu hoffen, daß nunmehr von beiden Verhandlungspartnern im Geiste der Menschlichkeit eine Lösung gefunden wird.

Die Sozialdemokratische Partei stellt mit Befriedigung fest, daß die Bundesregierung nunmehr auch das menschliche Problem bei der Repatriierung in den Vordergrund stellt, nachdem sie ursprünglich von einer Frage des Prinzips gesprochen hatte.

Ein aufschlußreiches Bekenntnis

W.P. Die Tätigkeit des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung war in der Vergangenheit vor allem von den Bonner Zeitungskorrespondenten häufig kritisiert worden, weil es seiner eigentlichen Aufgabe, die Öffentlichkeit über die wirklichen Absichten der Regierung zu unterrichten, oft nur unzureichend nachgekommen war. Dafür entwickelte sich diese dem Bundeskanzler unterstehende Institution immer mehr zu einem Propagandaamt, das mit Hilfe der ihm von der CDU/CSU bewilligten Steuergelder die öffentliche Meinung im Sinne Adenauers zu beeinflussen versucht. Wie das geschieht, war gelegentlich schon Gegenstand von Anfragen im Bundestag. Es sei hier an die Verbreitung regierungsnaher Publikationen wie "Rheinischer Merkur" und "Wochen Abendland" erinnert. Auch Zeitschriften wie die "Politische Meinung", "Das Neue Journal" "Bleib im Bild" und "Student im Bild", stehen in Bonn in dem Ruf, sich der finanziellen Unterstützung des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung zu erfreuen.

Welcher Methoden sich das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung bedient, hat jetzt die "Deutsche Soldatenzeitung" aufgedeckt, die bis Ende 1954 ebenfalls zu den Empfängern derartiger öffentlicher Mittel gehörte, bis sie sich dem zunehmenden politischen Druck schließlich zu entziehen wußte. Der dokumentarischen Charakter tragende Bericht der Soldatenzeitung ist umso interessanter, als er gleichzeitig Antwort auf eine noch unerledigte kleine Anfrage der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion an die Bundesregierung gibt.

Die Initiative zu dem Kontakt zwischen Bundesregierung und "Deutscher Soldatenzeitung" ging danach bereits im Juni 1951 vom Wehrreferat des Bundespressamtes aus - also fast vier Jahre vor der Verabschiedung der Pariser Verträge, die die westdeutsche Aufrüstung festlegten -. Man bot damals dem Verlag den Abschluß eines

"Förderungsvertrages" an, der die militaristische Grundtendenz der Zeitung vorbehaltlos anerkannte und hauptsächlich zum Ziel hatte, zu verhindern, daß die Zeitung wegen wirtschaftlicher Schwierigkeiten etwa von der Bildfläche verschwand. Dafür zahlte das Presseamt monatlich 11 000 DM Stoenrgelder!

Die Soldatenzeitung schildert nun, wie die Bemühungen des Presseamtes einsetzten, "unzulässigen Einfluß auf die DSZ zu gewinnen". Zunächst verlangte man die Entlassung nicht genehmer Redakteure, dann "verstärkten sich die Bestrebungen, über die Redaktion Einfluß auf die Soldatenzeitung zu nehmen. Allmählich wurde die DSZ dadurch, gegen den Willen der Verlagsleitung und im Gegensatz zu dem abgeschlossenen Vertrag, zu einem Bonner Echo degradiert."

Eine Kritik an dem fragwürdigen militärpolitischen Kurs der Bundesregierung war damit ausgeschlossen. "Lediglich an der antibolschewistischen und soldatischen Einstellung konnte wie bisher festgehalten werden."

Als dann die Londoner Besprechungen im Jahre 1954 den Zeitpunkt der Verwirklichung der westdeutschen Aufrüstung in greifbare Nähe rückten, reifte im Presseamt wohl der Plan der Schaffung einer großen zentralen Soldatenzeitung, die als getarntes Sprachrohr zur Propagierung der Aufrüstung dienen konnte. Maßgebliche Vertreter des Presseamtes versuchten daraufhin in Verhandlungen mit dem Verlag der Soldatenzeitung, diese in die Hände eines Kölner Verlegers von Fußballzeitungen zu bringen, wobei dem bisherigen Verlagsleiter nach dem Bericht der Zeitung ein "hoch dotierter persönlicher 10-Jahres-Vertrag" bei der Kölner Firma angeboten wurde. Als der Verlag der Soldatenzeitung auf diese Forderungen des Presseamtes nicht einging, stellte dieses vertragswidrig die monatlichen Zahlungen ein. Daraus resultiert die noch laufende Klage des Verlages gegen das Presseamt auf Vertragserfüllung. Die Soldatenzeitung verlangt eine Nachzahlung der versprochenen Zuwendungen bis zum 31.12.1954. Sie empört sich über die "Anmaßung und Selbstgefälligkeit" der Herren

13. August 1957

des Pressamtes, "die mitunter eine verblüffende Ähnlichkeit mit vergangenen Zeiten" gehabt hätten.

Den Enthüllungen der Soldatenzeitung ist nichts hinzuzufügen. Sie sprechen für sich. Die Sozialdemokratische Fraktion des Bundestages hat ihre Anfrage an die Bundesregierung gerichtet, weil sie den politischen Kurs der "Deutschen Soldatenzeitung" nicht billigt und es heute wie ehemals für unverträglich hält, daß dieser Zeitung öffentliche Mittel zufließen. Nachdem die Soldatenzeitung die Anfrage jedoch unaufgefordert beantwortet hat und die Karten auf den Tisch legte erfährt die Öffentlichkeit ausnahmsweise in ausführlicher Darstellung, was das Bundespressamt offenbar als seine Aufgabe ansieht: nicht die Öffentlichkeit zu informieren, sondern die öffentliche Meinung zu beeinflussen und zu lenken. Am Beispiel der illustrierten "Bleib im Bild" konnte sich Adenauer mit unverbindlichen Erklärungen noch aus der Affäre ziehen. Hier hat nun jemand gesprochen, der dupiert worden war und ausgespuckt. Wieviel Zeitungen und Zeitschriften gibt es aber, die ohne Kenntnis der Öffentlichkeit mit öffentlichen Mitteln unterhalten werden und als Gegenleistung ihre Spalten der publizistischen Unterstützung der Regierungspartei CDU zur Verfügung stellen? Es wäre an der Zeit, daß durch einen Regierungswechsel einmal die Karten aufgedeckt werden, die heute noch in den Tresoren der Ministerialbürokratie verschlossen und der Öffentlichkeit nicht zugänglich sind.

#### Es schimmert

"...Hier schimmert zugleich das außerordentliche Machtbewußtsein der CDU, der Anspruch auf eine nahezu absolute Autorität durch, den sie für sich in Anspruch nimmt. Sie hat Westdeutschland regiert, in Grunde nicht erst seit der Errichtung der Bundesrepublik, sondern schon seit den ersten Anfängen des Wirtschaftsraubes, also seit zehn Jahren. Sie (die CDU/CSU) hat sich in dieser langen Zeit immer stärker mit dem von ihr regierten Staat identifiziert, eben als die den Staat tragende, als die Staatspartei. Das Ausmaß dieser Entwicklung wurde in Hamburg in der Selbstverständlichkeit erneut sinnfällig, mit welcher die CDU-Politiker ihre staatlichen Würden mit Ministerwagen und -standern, Polizeieskorten und einer großen Anzahl hoher Bundesbeamte als Gefolge vorführten...."

"Süddeutsche Zeitung" 17.5.57

### Mitgestalter der Zukunft

H.E.D. In wenigen Tagen jährt sich zum zehnten Mal die Verkündung der Unabhängigkeit für Britisch-Indien. Jener denkwürdigen Beschluss der damaligen sozialistischen Regierung Englands war leider nur ein halber Akt politischer Einsicht. Zwar erhielt Indien die nationale Freiheit, aber um den Preis der Teilung des Landes in zwei selbständige Staaten. Der Generationen hindurch geführte Kampf der indischen Kongressbewegung um die staatliche Einheit des 360 Millionen Volkes scheiterte an der Leidenschaft und dem Ehrgeiz eines Mannes, der es sich zum Lebensziel gemacht hatte, einen souveränen islamischen Staat auf indischer Boden zu errichten. Der Einfluss Mohammed Ali Jinnahs auf London, das ein seiner Person einen zuverlässigen Bundesgenossen zu haben glaubte, erwies sich stärker als die Warnungen des Mahatma. So entstanden die Republik Indien und der grösste mohammedanische Staat der Welt, Pakistan.

Heute - zehn Jahre nach dem Teilungsbeschluss - leidet der indische Subkontinent noch immer unter dieser Spaltung. Hunderte und Tausende von Menschen in Indien wie in Pakistan sind in den verflochtenen Jahren jener übelsten Hinterlassenschaft des Kolonialismus, nämlich dem religiösen Fanatismus zum Opfer gefallen. Eines dieser Opfer wurde der Vater des neuen Indiens, Mahatma Gandhi.

Aber allen inneren und äusseren Bedrohungen zum Trotz gelang es zumindest der Republik Indien einen Platz im weltpolitischen Geschehen einzunehmen, der es ihr ermöglicht, getreu dem Vermächtnis Gandhis, der Sache des Friedens dort zu dienen, wo er bedroht ist. Im Gegensatz zu Pakistan, das den westlichen Militärpaktsystemen in Mittel- und Südostasien angehört, hat Indien es vermieden, dem westlichen oder östlichen Lager beizutreten. Eine Rechtfertigung dieser Politik widerfuhr Indien auf der Bandung-Konferenz 1955, auf der ihm die Führerrolle der Farbigen Welt übertragen wurde. Niemand wagt heute mehr zu bezweifeln, dass jene Staaten, die noch ein Jahrzehnt zuvor Anhängsel europäischer Kolonialmächte waren, Mitgestalter der Zukunft sind.

Der 15. August 1947, an dem der letzte Vizekönig des britischen Indiens, Lord Mountbatten seine Amtszeit beendete, war ein Einschnitt der Weltgeschichte. Die Liquidation der europäischen Bastionen in Asien hatte begonnen. Deren aber, die die Erbschaft der "Kolonisatoren" übernahmen, harrte eine fast unmenschliche Aufgabe! Es galt Länder, die bewusst in ihrer sozialen und politischen, kulturellen und technischen Entwicklung behindert worden waren, dem industriellen Zeitalter anzupassen. Der Wille zum Kampf gegen die kolonialen Herren musste in den Willen zum inneren Aufbau umgeformt werden, wollten die Völker nicht aufs neue einer Sklaverei verfallen. Die von den ehemaligen "Verwaltern" künstlich erregten Ressentiments religiöser und rassistischer Art waren zu überwinden. Die gewaltigen Aufgaben aber mussten auf dem wirtschaftlichen Gebiet bewältigt werden, denn hier war die Unabhängigkeit ebenso zu erkämpfen wie im staatlich-nationalen Raum.

Es steht den Europäern schlecht an, zehn Jahre danach Zensuren über die erbrachten Leistungen abzugeben. Eines aber sollte und muss gesagt werden: die ehemals unter europäischer Botmässigkeit stehenden Gebiete wie Indien haben bewiesen, dass ihre Völker alle Fähigkeiten in sich tragen, die Anforderungen, die die Gegenwart an sie stellt, in erstaunderlicher Weise zu meistern.

13. August 1957

Offener Brief an den Bundeskanzler

Katholische Frauen der SPD-Ortsgruppe  
Bochum-Nord sandten an Dr. Adenauer  
folgenden Brief:

An den  
1. Vorsitzenden der CDU  
Herrn Bundeskanzler Dr. Adenauer

"Wir katholischen Frauen der sozialistischen Frauengruppe Bochum-Nord der SPD sind empört über Ihre Nürnberger Rede.

Ein Teil von uns hat vor vier Jahren Sie, bzw. Ihre Partei, als katholische Frauen gewählt, weil wir Ihnen glaubten. Durch Ihre unwahren Behauptungen, die Sie nach der Bundestagswahl vor Gericht zurückgenommen haben, sind wir belächelt geworden. Wir konnten zunächst nicht glauben, dass ein katholischer Mensch so handeln kann, wie Sie das getan haben und in diesem Wahlkampf wieder tun. Wir sind einfache Hausfrauen, die unseren Haushalt versorgen und unsere Kinder erziehen. Wir haben uns früher nicht mit Politik beschäftigt und uns vor vier Jahren noch stillschweigend die Wahlpropaganda der CDU von der Kanzel mit angehört.

Auf das tiefste durch Ihre unwahre Wahlpropaganda vor vier Jahren verletzt, sind wir in unserer Gewissensnot zur soz. Frauengruppe gegangen. Nachdem wir uns davon überzeugt haben, dass die Sozialdemokratische Partei in der Praxis um das kämpft, was alle katholischen Frauen wollen: Gott dienen, unsere Familien anständig ernähren, kleiden, menschenwürdig wohnen und in Frieden und Sicherheit für unsere Kinder leben, haben wir uns der SPD angeschlossen.

Wir bitten Sie, die in Nürnberg gemachten unwahren Behauptungen zurückzunehmen, damit wir uns als katholische Frauen nicht für Sie schämen müssen. Jeder Mensch macht mal eine Dummheit, aber als Katholik hat man die Pflicht, ein Unrecht zu bekennen und den Versuch zu machen, das begangene Unrecht aus der Welt zu schaffen.

Sollten Sie Ihre unwahren Behauptungen nicht zurücknehmen, werden wir uns an unseren Bischof wenden, damit er auf Sie einwirkt. Wir katholischen Frauen werden uns diesmal Wahlpropaganda von der Kanzel nicht mehr stillschweigend anhören, sondern demonstrativ die Kirchen verlassen. In der Kirche wollen wir Gottes Wort hören."

Die Klage der KNA

sp. Die KNA (Katholische Nachrichtenagentur) beklagt in ihrer Ausgabe vom 10. August die schlechte Behandlung, die dem Familienminister Würmeling durch die deutsche Öffentlichkeit widerfuhr. Vor allem bedauert sie die von einigen Zeitungen verbreitete Meldung, Würmeling werde auch bei einem Wahlsieg der CDU/CSU sein Ministeramt verlieren. Diese Meldungen, behauptet die KNA, entbehren jeder Grundlage, sie seien offensichtlich von der Opposition gesteuert, "um vor der Wahl Verwirrung zu stiften". Zur Ersetzung Würmelings durch eine andere Persönlichkeit liege umso weniger Veranlassung vor, als Aktivität und Erfolg dieses Ministers allgemein anerkannt würden und sein Ansehen in den die Familie fördernden Kreisen unbestritten sei.

Soweit die KNA. Das Erstaunliche an dieser Verteidigung Würmelings ist, dass sie indirekt den Bundeskanzler selbst unter Beschuss nimmt, dem vorgeworfen wird, "vor der Wahl Verwirrung zu stiften". Wiederholt liess Dr. Adenauer wissen, er werde, im Falle eines Wahlsieges der CDU, das Familienministerium durch eine Frau besetze lassen. Genannt wurde in diesem Zusammenhang die CDU-Bundestags Abgeordnete Frau Dr. Luise Rehling. So trat Würmeling auf dem Hamburger Parteitag der CDU überhaupt nicht in Erscheinung, dafür aber Frau Dr. Rehling mit ihrem Referat über die Stellung der Familie in der modernen Gesellschaft. Auch auf der Dortmunder Kundgebung der CDU, die den Wahlkampf eröffnete, war Adenauer darauf bedacht, seinen Familienminister im Schatten zu halten.

Würmeling selbst scheint zu wissen, woher der Wind gegen ihn bläst. Er bläst aus den eigenen Reihen. Er hatte schon seinen Grund, wenn er sich wiederholt über den Mangel einer Familienpolitik seiner Partei beschwerte und von mächtigen Interessentenverbänden sprach, gegen deren Einfluss er sich nicht durchsetzen konnte. Davon erwähnt die KNA freilich nichts; das wäre allerdings ein Thema, an dem sie sich die Finger vertrennen würde.

Zweimal Dresbach

sp- Der Deutsche Gewerkschaftsbund war glücklich beraten, als er verkünden liess, er wolle den Abgeordneten aller Parteien Gelegenheit geben, ihre Ansichten in von Gewerkschaften einberufenen Versammlungen zu vertreten. Der DGB ist mit seinen über sechs Millionen zählenden Mitgliedern der grösste Verband organisierter Menschen in der Bundesrepublik. Sie haben ein Recht zu wissen, wie sich die Abgeordneten zu den gewerkschaftlichen Anliegen stellen, denn unbestritten bleibt wohl, dass der DGB seiner Zusammensetzung und seiner Aufgabe nach zu einem der stärksten Pfeiler der Demokratie in Deutschland gehört. Ohne die dem Wohle für alle arbeitenden Menschen gewidmete Arbeit der Gewerkschaften wäre das vielzitierte Wirtschaftswunder nicht möglich gewesen, ohne ihren Kampf um die Rechte der arbeitenden Menschen gäbe es keinen sozialen Fortschritt.

Wer dem sozialen Fortschritt, der sozialen Gerechtigkeit und dem inneren Frieden unseres Volkes dienen will - und wer gibt schon vor, es nicht zu tun? - müsste, so sollte man meinen, die Aufforderungen der Gewerkschaften, in ihren Versammlungen zu sprechen, mit vollem Herzen begrüssen. Sicherlich fände er, hat er in redlicher Gesinnung Vernünftiges zu sagen, in einem solchen Kreis dankbare Zuhörer. Keiner braucht sich also davor zu scheuen.

Keiner? Zu jenen, die Scheu empfinden, gehört der christlich-demokratische Abgeordnete Dr. Dresbach, ein Mann, von dem der freilich schon etwas lädierte Ruf ausgeht, er sei ein grosser Liberaler und reize zu unabhängigen Denken. Dr. Dresbach wird vor einem gewerkschaftlichen Forum nicht sprechen, weil er in dem Gewerkschaftsbund einen "Interessentenverband" sieht, er sich aber als Vertreter aller Schichten des Volkes fühlt. So lautet seine in der "Bonner Rundschau" vom 10. August begründete Weigerung, an von Gewerkschaften einberufenen Versammlungen teilzunehmen. Nun, das ist eine Haltung, über die man zwar verschiedener Meinung sein kann, die man aber respektieren muss, wenn sie von Konsequenzen begleitet ist.

Dr. Dresbach hat jedoch seine eigene Auffassung über Konsequenzen. Derselbe CDU-Abgeordnete hat sich bewittert, am 23. August an einer Forum-Veranstaltung des Bundes der Steuerzahler teilzunehmen. Nach Ansicht von Dresbach ist dieser Bund - kein Interessentenverband. Diese Inkonsequenz wird allerdings erhellt, wenn man weiss, dass Dr. Dresbach vom besagten Bund der Steuerzahler den Breuer-Preis mit 2000.-- DM erhalten hat. Mit solchen Belohnungen können die Gewerkschaften aus vielen und guten Gründen nicht aufwarten... \*\*\*

"Wasser auf seine Mühle"

sp. Die Auslandspresse beobachtet den Wahlkampf in der Bundesrepublik mit grösster Aufmerksamkeit. Oft sind die Situationsanalysen in den Auslandsblättern deutlicher als in einem grossen Teil der deutschen Presse. So schreibt die grosse Stockholmer Zeitung "Morgontidningen" am 7. August nach einem Hinweis auf die "Berliner Erklärung" der Westmächte:

"Reell bedeutet dies (die "Berliner Erklärung"), bemerkt der amerikanische Kommentator Walter Lippmann, dass die USA und die übrigen Westmächte Adenauer ein Vetorecht gegen jede Abrüstungsübereinkunft geben, bis die Sowjetunion eine deutsche Wiedervereinigung ohne Bedingungen annimmt. Eine russische Kapitulation ohne Bedingungen ist doch nicht zu sehen, stellt Lippmann ironisch fest. Er findet es bemerkenswert, dass die USA so einem anderen Staat das Recht geben, ihre Aussenpolitik zu kontrollieren, und schliesst: "Hoffen wir, dass wir es nicht zu bereuen brauchen."

Ohne Zweifel ist die Stütze, die die Westmächte Adenauer geben, bei seinem Versuch durch eine Politik der Stärke die Sowjetunion zu pressen, ihre unfügsame Haltung zur deutschen Wiedervereinigung zu verlaten, geeignet, seine Stellung vor den Wahlen zu stärken. Aber bisher hat auch der Krenl ihm in die Hände gearbeitet. Die westdeutschen Kommunisten werden aufgefordert, mit den Sozialdemokraten zu stimmen, was Adenauer Wasser auf seine Mühle gibt, wonach eine Stimme für die Sozialdemokraten eine Stimme für Moskau ist. Und die ostdeutsche Marionettenregierung hat ein Programm für die deutsche Wiedervereinigung vorgelegt, das ebenso unannehmbar für die deutschen Sozialdemokraten wie für Adenauer ist."

"...eine solche Lösung ist schon früher von den deutschen Sozialdemokraten zurückgewiesen worden. Ihr Programm ist eine Wiedervereinigung durch freie Wahlen unter Kontrolle und Garantie der vier Siegermächte und der Anschluss Deutschlands an einen europäischen Sicherheits pakt, der der Sowjetunion die Garantien geben soll, die sie billigerweise verlangen können. Aber Ollenhauer hat früher erklärt, dass die Sozialdemokraten nicht an eine Wiedervereinigung durch Verhandlungen mit den russischen Marionetten in Ostberlin glauben, und dass sie nicht von dem relativen Schutz, den der Atlantikpakt gibt, Abstand nehmen wollen, ehe eine friedliche, demokratische Lösung der deutschen Frage in Sicht ist."